





**Stellungnahme des Bürgermeisters:**

Grundsätzlich ist festzustellen, dass der Antrag der SPD/FDP-Fraktion (Eingang 17.11.2016) für den Hauptausschuss am 28.11.2016 gemäß § 3 Abs. 1, Satz 3 - Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Prenzlau - bereits am 16.11.2016 hätte eingereicht werden müssen, und somit verfristet ist.

Inhaltlich hat die Stadtverordnetenversammlung mit DS: 51/2016 vom 12.05.2016 bereits ihre Positionen zur Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg festgelegt und einstimmig beschlossen.

Unter Punkt 1 wurde bereits die **Beibehaltung des Kreissitzes in der Stadt Prenzlau** gefordert und unter Punkt 2 spricht sich die Stadtverordnetenversammlung für den **Erhalt des Landkreises Uckermark** aus.

Der Bürgermeister wurde beauftragt, entsprechend diesen Grundpositionen die **erforderlichen Gespräche zu führen und danach zu handeln**.

Eine Zustimmung zum jetzt vorliegenden Antrag DS: 112/2016 der SPD/FDP-Fraktion ist soweit nicht notwendig und würde sogar zu der Annahme führen, dass sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Auflösung des Landkreises Uckermark bereits abgefunden hat.

Zudem wäre eine erneute „Bewerbung“ auch vor dem Hintergrund der Tatsache überflüssig, da Prenzlau seit 1. Januar 1817, also seit 200 Jahren, Kreisstadt ist und somit seine Befähigung für diese Aufgabe zweifelsfrei nachgewiesen haben dürfte.

Zu gegebener Zeit wird der Bürgermeister zum Status der Kreisstadt Prenzlau selbstständig an die Landesregierung und den Landtag herantreten und die erforderlichen Maßnahmen einleiten. Hierüber werden die Stadtverordneten im Vorfeld umfassend informiert.

Die Verwaltung empfiehlt, aus o. g. Gründen, die DS: 112/2016 abzulehnen.

Hendrik Sommer

Bürgermeister